



in Bayern.

# WIR

1•2025

**DAS MAGAZIN  
DER AWO BAYERN**

80. Jahrgang des „Helfer“

**BLEIBT ALLES  
ANDERS?**

Deutschland  
nach der  
Wahl



**DIE AWO IN  
OBERBAYERN**

**Demokratieausstellung**  
Penzberg zeigt Flagge

**WIR in München**  
Was uns wichtig ist

## WIR IN BAYERN

Aus der AWO **3**

Freie Wohlfahrtspflege in Brüssel + Neues Projekt gestartet + Weihnachtsspende 2024 + Gemeinsam gegen Diskriminierung + AWO-Wahljahr 2025

Unser Thema: **Bleibt alles anders?**

Deutschland nach der Wahl **6**

AWO-Erwartungen an die neue Bundesregierung + Interview zu Veränderungen im deutschen Parteiensystem + AWO-Wahlcheck 2025

## WIR IN OBERBAYERN

Editorial **11**

Neue Fachkräftekampagne des Bezirksverbands **11**

Demokratieausstellung: Penzberg zeigt Flagge **12**

Der neue Kreisverband Rosenheim-Miesbach **14**

AWO vor Ort **16**

## WIR IN MÜNCHEN

Royale Korrespondenz **18**

Grundlage unseres Miteinanders **19**

Gute Pflegeversorgung kostet Geld **19**

Was uns wichtig ist **20**

Liebe Leser\*innen, liebe Freund\*innen der AWO,

das neue Jahr ist direkt mit einem politischen Großereignis gestartet: der Bundestagswahl. Zum Redaktionsschluss Anfang Februar wissen wir noch nicht, wie die Wahl ausgeht. Wir hoffen aber, dass antidemokratische Kräfte nicht zu stark werden. Außerdem sind wir – trotz des Tabubruchs der Merz-Union, mit Stimmen einer in Teilen rechtsextremen Partei Initiativen im Bundestag durchzubringen – zuversichtlich, dass sich eine Regierungsmehrheit in der demokratischen Mitte findet.

„Bleib alles anders?“ – Der Grönemeyer-Songtitel bringt das Spannungsverhältnis von Veränderungsdruck und Festhalten an Bewährtem gut auf den Punkt. Dieses Verhältnis auszutarieren, ist eine der Herausforderungen, vor denen eine neue Bundesregierung steht. Wir haben in die AWO hineingehört, was von ihr erwartet wird. Als AWO-Doppelspitze sehen wir die Regierung in der Pflicht, Politik für alle Menschen in unserem Land zu machen und drängende Fragen wie Fachkräftemangel, soziale Sicherung und Chancengerechtigkeit anzugehen.

Nicht nur im Bund, auch in der AWO wird dieses Jahr gewählt. Zunächst in den Bezirken, im September dann auf Landesebene und im November im Bund. Wir beide treten wieder als Doppelspitze an und bitten für weitere vier Jahre um Dein Vertrauen. Gerne möchten wir den Weg, die AWO in Bayern zu modernisieren und mehr Menschen mit unseren Angeboten und Botschaften zu erreichen, mit Dir gemeinsam fortsetzen.

Wir wünschen Dir viel Freude beim Lesen unserer aktuellen WIR und freuen uns auf viele Begegnungen mit AWO-Aktiven vor Ort auch in diesem Jahr.

Herzliche Grüße

Nicole Schley



Stefan Wolfshöndl

## In der Hauptstadt Europas

Drei Tage in Brüssel ganz im Zeichen europäischer Zusammenarbeit. Die Bereiche Soziales, Gesundheit und Arbeit sind zwar weniger durch EU-Gesetzgebung beeinflusst als zum Beispiel Landwirtschaft oder Umwelt. Es gibt dennoch viele Auswirkungen und auch Chancen für die Sozialwirtschaft in Bayern durch die EU. Die Spitzen der Freien Wohlfahrtspflege Bayern haben sich in Gesprächen im Europäischen Parlament und den Europabüros von Caritas und Diakonie umfassend informiert über den Schutz der Gemeinnützigkeit, den Zugang zu EU-Fördermitteln, Einflussmöglichkeiten der Zivilgesellschaft auf EU-Politik sowie EU-Initiativen für Demokratieförderung und sozialen Zusammenhalt. Mit dabei: die AWO-Doppelspitze Nicole Schley und Stefan Wolfshörndl sowie Landesgeschäftsführer Andreas Czerny.

Foto: privat



AUS DER AWO

*Spannende Gespräche hat das bayerische AWO-Spitzentrio Stefan Wolfshörndl, Nicole Schley und Andreas Czerny (v.l.n.r.) im Europäischen Parlament geführt.*

**„Bei der AWO möchte ich mich in diesem wichtigen Projekt für diejenigen einsetzen, die viel zu oft von unserer Gesellschaft übersehen werden, und mich so für mehr Verständnis, Zusammenhalt und Solidarität stark machen.“**

*Theresa Scholz, Projektkoordinatorin, „Zeit für Seniorinnen – Frauen helfen Frauen“*



Foto: privat

## Neues Projekt gestartet

Frauen helfen Frauen – das ist die Grundidee des neuen Projekts „Zeit für Seniorinnen“ beim AWO – Landesverband. Wir möchten alleinstehende Seniorinnen mit ehrenamtlichen Helferinnen zusammenbringen, sie etwa bei Behördengängen, der Fahrt zum Arzt, der Nebenkostenabrechnung oder Einkäufen unterstützen. Das Projekt beginnt in München und Umland, soll aber perspektivisch auf andere Regionen ausgedehnt werden.

Alleinstehende Seniorinnen und Ehrenamtliche anzusprechen sowie passende Tandems zu bilden und zu begleiten, sind die zentralen Aufgaben von Theresa Scholz, die uns in der Landesgeschäftsstelle seit Februar 2025 als Projektkoordinatorin verstärkt. Selbst schon längere Zeit als Lesepatin ehrenamtlich tätig, weiß die 36-Jährige nur zu gut, wie Ehrenamtliche am besten zu erreichen sind. Umfassende Erfahrung im Projektmanagement hat die Geisteswissenschaftlerin bereits als Programmleitung in einem Verlag sammeln können. Wir freuen uns sehr, Theresa in unserem Team begrüßen zu dürfen!

➔ *Du hast Fragen zum Projekt, möchtest ehrenamtlich helfen oder kennst eine Seniorin in München und Umland, die Unterstützung benötigt? Dann melde Dich gerne unter [theresa.scholz@awo-bayern.de](mailto:theresa.scholz@awo-bayern.de) oder unter 089-546754-126.*



## DIE „WIR-REDAKTION“

Sie haben Anregungen, Lob oder Kritik? Ihre Anmerkungen zum aktuellen Heft nehmen wir gerne auf. Sie erreichen uns hier:

Arbeiterwohlfahrt  
Landesverband Bayern e.V.  
Edelsbergstraße 10, 80686 München  
Telefon 089 546754-0  
redaktion@awo-bayern.de

## Gemeinsam gegen Diskriminierung

Diskriminierung? Leider Alltag in Bayern und Deutschland. Nachteile wegen Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter oder Behinderung sind Realität – ob im Job, bei der Wohnungssuche, in der Schule oder Uni. Besonders besorgniserregend: Die Anfragen bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes nehmen massiv zu. Gleichzeitig zeigen Studien einen Anstieg von Frauenhass und Ausländerfeindlichkeit.

Betroffene brauchen Schutz. Fast alle Bundesländer haben bereits gehandelt – und sind Teil der bundesweiten Koalition gegen Diskriminierung. Nur Bayern und Sachsen-Anhalt haben noch nicht unterzeichnet. Zudem ist der Freistaat eines von fünf Bundesländern, das keine eigene Antidiskriminierungsstelle hat oder plant.

Unser Appell: Bayern muss Verantwortung übernehmen und endlich entschlossen gegen Diskriminierung vorgehen. Der AWO-Landesverband steht hinter der Forderung von Städten wie München, Nürnberg und Regensburg: Eine landesweite Antidiskriminierungsstelle ist längst überfällig. Eine solche Stelle bietet (Rechts-)Beratung in individuellen Fällen an und das flächendeckend. Denn gerade auf dem Land gibt es in Bayern keine kommunalen Anlaufstellen. Zudem führt sie Forschung durch, berät die Politik und empfiehlt Strategien. Schließlich macht sie sich öffentlich für Vielfalt und Gerechtigkeit stark.



*In jeder Stunde erleben statistisch gesehen 14 Frauen in Deutschland häusliche Gewalt.*

Foto: AWO-Frauenhaus Augsburg

## Deine Spende rettet Leben

6.354 Euro – so viel habt Ihr zusammen zu Weihnachten für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder gespendet. Wir danken Euch von Herzen für Eure Solidarität. Jeder Euro hilft unseren Schutzhäusern und Beratungsstellen dabei, Frauen den Weg in ein selbstbestimmtes Leben ohne Angst zu erleichtern: mit Möbeln, Kleidung, Küchenutensilien oder Kindersachen für den Neustart, mit Bildungsangeboten und Arbeitsvermittlung, mit Freizeitaktivitäten und Kreativaktionen. Fast jeden Tag wird eine Frau oder ein Mädchen in Deutschland Opfer eines Femizids. Jede ist eine zu viel. Lasst uns weiterhin gemeinsam alles dafür tun, Frauen und Kinder vor Gewalt zu schützen.





**2025: Wahljahr auch in der AWO**

# Alle Macht geht vom Ehrenamt aus

**... das ist das Grundprinzip in unserem Mitgliederverband. Besonders lebendig wird dieser Grundsatz alle vier Jahre, wenn die Konferenzen auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene stattfinden.**

Was passiert auf den Konferenzen? Delegierte aus dem ganzen Bezirk, aus ganz Bayern und aus ganz Deutschland stellen die personellen und inhaltlichen Weichen für die nächsten Jahre: Der ehrenamtliche Vorstand wird gewählt, Revisor\*innen und Vertreter\*innen für die Konferenzen auf den nächsthöheren Verbandsebenen werden bestimmt. Die Konferenzen sind zudem Orte der inhaltlichen Debatte. Die Delegierten beraten und beschließen Anträge, die im Vorfeld oder initiativ eingebracht worden sind.

2025 ist wieder Superwahljahr in der AWO: Die Konferenzen in den Bezirken, in den Ländern und im Bund finden nacheinander statt. Auf unserer Landeskonzferenz im September wird auch die Spitze des AWO-Landesverbands neu gewählt. Grußworte halten der Nürnberger OB Marcus König, die Vorsitzende des Sozialausschusses im Bayerischen Landtag Doris Rauscher und die Präsidiumsvorsitzende des AWO-Bundesverbands Kathrin Sonnenholzner. Inhaltlich beschäftigen wir uns neben der Bilanz der vergangenen vier Jahre schwerpunktmäßig passend zum Wahljahr mit einer widerstandsfähigen Demokratie. Dazu freuen wir uns auf einen Gastvortrag von Paulina Fröhlich, stellvertretender Geschäftsführerin des Progressiven Zentrums.



## Das AWO-Konferenzjahr 2025

### BEZIRKSKONFERENZEN

**AWO Niederbayern/Oberpfalz:**

28.06.2025, Regensburg

**AWO Oberbayern:**

05.07.2025, Holzkirchen

**AWO Ober- und Mittelfranken:**

05.04.2025, Nürnberg

**AWO Schwaben:**

05.04.2025, Kempten

**AWO Unterfranken:**

19.07.2025, Kitzingen

### LANDESKONFERENZ

**AWO Bayern:**

26. – 27.09.2025, Nürnberg

### BUNDESKONFERENZ

**AWO-Bundesverband:**

14. – 16.11.2025, Erfurt

**„Liebe AWO-Freund\*innen!  
Wir bitten für weitere vier Jahre um Euer Vertrauen. Unsere Aufgabe als Doppelspitze macht uns große Freude und wir haben noch eine Menge vor: Viele Menschen für die AWO in Bayern begeistern und uns gemeinsam mit Euch für mehr Herz, Gerechtigkeit und Miteinander in unserer Gesellschaft einsetzen.“**

**Nicole Schley und Stefan Wolfshöndl,  
Landesvorsitzende**

# Bleibt alles anders?

Nun ist die Ampelregierung also Geschichte. Zumindest aller Voraussicht nach. Zum Redaktionsschluss Anfang Februar deuten die Umfragen auf Schwarz-Rot oder Schwarz-Grün hin. Jetzt, rund eine Woche nach der Bundestagswahl, sind wir vielleicht schon ein bisschen schlauer. Was wird, aber vor allem, was soll sich ändern in Deutschland? Wir lassen verschiedene Stimmen aus der AWO-Familie zu Wort kommen: Von Jung bis Alt über Pflegeheimleitung und Migrationsberater\*innen bis hin zum Vater eines Kita-Kindes. Alle setzen ihre ganz eigenen Akzente. In einem sind sie sich jedoch einig: AWO wählt Demokratie!

Foto: Landesjugendwerk der AWO Bayern



*Mehr politische Bildung, um junge Menschen besser vor rechter Propaganda zu schützen, ist eine der Forderungen vom Landesjugendwerk an die neue Bundesregierung.*

## ANNA BIEBL & ROXANA PILZ

### 26 & 28, Vorsitzende Landesjugendwerk der AWO Bayern, Regensburg

Noch im November 2024 haben wir uns auf unserer Vorstandssitzung gefragt, inwiefern wir vor den Bundestagswahlen Einfluss auf junge Menschen haben können. Doch dann ist alles ganz schnell gegangen und Christian Lindner hat uns einen Strich durch die Rechnung gemacht. Drei Monate später sind die Wahlen durchgeführt und wir stehen alle weiterhin zusammen vor einer großen Aufgabe: Gemeinsam stark gegen Rechts!

Durch Wahlen ergibt sich nicht nur für die Wählenden die Möglichkeit, etwas zu verändern, sondern auch die gewählte Regierung kann für große Veränderungen sorgen. Wir als Landesjugendwerk fordern die neue Bundesregierung auf, folgende Themen konkret anzugehen:

**Kindergrundsicherung** Kinder sind unsere Zukunft und trotzdem sind sie zu wenig im Fokus. Junge Menschen müssen unabhängig von ihren Sorgeberechtigten eine gesicherte Lebensgrundlage erhalten.

**Demokratiebildung** Ein Kürzen von Geldern für politische Bildungsarbeit bedeutet, Parteien mit undemokratischen und rechten Tendenzen den Weg zu mehr Einfluss zu erleichtern. Durch die Ergebnisse der letzten U18-Wahlen wurde einmal mehr deutlich, dass vor allem junge Menschen anfällig für rechte Propaganda sind. Gründe dafür sind vor allem Unwissen und Unsicherheit über unsere Demokratie – sowohl im Hinblick darauf, wie sie aufgebaut ist, als auch darauf, wie sie funktioniert. Deswegen fordern wir mehr Gelder für politische Bildungsarbeit.

**Beteiligung** Junge Menschen verlieren das Vertrauen in die Politik und bewegen sich damit entweder immer mehr an den rechten Rand oder beteiligen sich gar nicht mehr. Umso entscheidender ist es, durch Programme und Veranstaltungen jungen Menschen echte Beteiligung zu ermöglichen und ihren Stimmen ein Gewicht zu geben. Das kann vor allem durch die Senkung des Wahlalters auf 14 Jahre sichergestellt werden.

Neben diesen drei Themen bestehen noch so viel mehr Forderungen aus der Kinder- und Jugendarbeit an die Politik. Um nur zwei davon zu erwähnen, fordern wir die zukünftige Regierung zu einer humanitären und solidarischen Asylpolitik und einer verantwortungsbewussten Klimapolitik auf.

## TEAM MIGRATIONSBERATUNG

## AWO München-Stadt

Integration braucht Zeit. Die Vorstellung, dass sie nach drei Jahren erreicht ist, trifft nur in seltenen Fällen zu. Oft ist sie kein geradliniger Prozess. Es dauert, bis Menschen, die ihr Heimatland verlassen, sich wieder- oder neu erfinden. Um Integration zu ermöglichen, muss Sprachförderung ausreichend finanziert sein. Sprache ist der Schlüssel für den Zugang zu Bildung, Arbeit und sozialen Netzwerken. Ebenso wichtig ist die Migrationsberatung, welche die Politik als integralen Bestandteil des Integrationsprozesses anerkennen muss. Die Angebote müssen langfristig gesichert sein und nicht nur für das kommende Jahr.

Entscheidend für gelingende Integration ist zudem, schneller arbeiten zu dürfen, etwa über die leichtere Anerkennung von ausländischen Qualifikationen und mehr Weiterbildung. Eine Wohnung zu finden, ist Voraussetzung, um wirklich anzukommen. Dafür braucht es mehr bezahlbaren Wohnraum und Schutz vor Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Außerdem ist dringend mehr zielgenaue Unterstützung für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Schulen und Kitas nötig.

Eine Kombination aus Aufklärung und strengen gesetzlichen Maßnahmen könnte das Klima in unserer Einwanderungsgesellschaft verbessern. Medien sollten ein Bewusstsein für die Folgen von Rassismus schaffen und die Vielfalt der Gesellschaft positiv darstellen. Mehr interkulturelle Bildung von Anfang an kann dabei helfen, Vorurteile abzubauen. Gleichzeitig sind klare Regeln nötig. Dazu gehören strengere Sanktionen gegen Hasskriminalität, anonyme Bewerbungsprozesse und unabhängige Beschwerdestellen. Auch die Politik selbst hat eine große Verantwortung. Sie sollte beispielsweise weder Zweiklassenflüchtlinge schaffen noch Migration als Bedrohung darstellen.

*Sie wissen, wie Integration gelingen kann: die Migrationsberater\*innen der AWO München (Teamfoto vor Juni 2024 entstanden).*

Foto: AWO München-Stadt



*Rentner Frank Krug erwartet von den Regierungsparteien einen besseren Umgang miteinander und mehr Mut zum Kompromiss.*



Foto: privat

## FRANK KRUG

## 93, Bewohner AWO-Seniorenzentrum Weidenberg

Vorausgesetzt, es koalieren Parteien der bürgerlichen Mitte (CDU/CSU, SPD, Grüne und Liberale), egal in welcher Konstellation, miteinander, erwarte ich von der neuen Bundesregierung ein entschlossenes Auftreten gegen die zunehmenden Angriffe von Rechts auf unser auf dem Grundgesetz beruhendes Staatswesen und damit auf unsere Demokratie. Außerdem ist ein konsequentes Vorgehen gegen jegliche Art von Gewalt nötig. Wichtig ist auch ein Festhalten an Weltoffenheit und an der Zugehörigkeit zur Europäischen Union, die durch Nationalisten bedroht ist. Ich habe als Jugendlicher Krieg und Diktatur noch miterlebt und kann nur warnen vor populistischen Reden, die heute wie damals dem Verlust der Freiheit vorausgehen.

Ich wünsche mir einen besseren Umgang der Parteien untereinander, auch bei Meinungsunterschieden: Streiten ja, aber Mut zum Kompromiss, um Lösungen zu erreichen zum Wohl des Landes. Entschlossenem Handeln im Weg stehen häufig auch verkrustete Strukturen in der Verwaltung öffentlicher Ämter, die dringend aufgebrochen werden müssen.

Die Politik darf zudem das gewählte System der Sozialen Marktwirtschaft nicht aus den Augen verlieren, ebenso wie die Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien. Schließlich brauchen wir eine Familienpolitik, die Müttern eine Chancengleichheit im Berufs- und Wirtschaftsleben sichert. Zu viele Frauen, aber auch Männer, in Teilzeitarbeit haben keinen Zugang zu Weiterbildung und Wertschätzung im Arbeitsleben. Eine neue Regierung sollte dieses brachliegende Potential nutzen.

**RALPH BARTOSCHEK****62, Leitung AWO-Seniorenzentrum Ingolstadt**

Von einer neuen Bundesregierung wünsche ich mir die Themen Alters- und Kinderarmut mehr zu beachten. Beides hängt oft eng zusammen, da Armut sich über Generationen verfestigt. Dazu halte ich unter anderem eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel für ein geeignetes Mittel. Außerdem müssen die Mieten runter und die Renten müssen angehoben werden. Sozialer Wohnungsbau muss deutlich günstiger werden.

Auch die Pflegekosten dürfen nicht explodieren. Die demografischen Entwicklungen müssen erkannt und entsprechend gedeutet werden. Wenn hier nichts geschieht, wird die Alten- und Krankenpflege auf eine Katastrophe zulaufen. Die schiere Zahl an pflegebedürftigen, auch mit Demenz belasteten Personen wird das bestehende System überfordern, so dass dieses grundlegend reformiert werden muss. Sonst werden teilstationäre Aufenthalte und Pflegeheimplätze für die Normal- oder Geringverdiener im Land nicht mehr bezahlbar sein. In der Konsequenz könnten sich nur noch Besserverdienende stationäre Pflege leisten mit Auswirkungen auf das ambulante Pflegesystem und die familiären Hilfestrukturen, die vollkommen überlastet wären. Dies darf in einem Sozialstaat nicht passieren.

Um als Gesellschaft und Sozialstaat zukunftsfähig zu sein, benötigen Bildung und Digitalisierung erkennbar mehr Beachtung. Dies belegen die PISA-Studien der letzten Jahre leider eindrucksvoll. Insbesondere für Kitas und die Pflege müssen nationale und internationale Fachkräfteoﬀensiven initiiert werden. Nur mit ausreichend Fachkräften kann die Versorgung, Bildung und Betreuung gesichert werden, die so dringend nötig ist.

*Seniorenzentrumsleiter Bartoschek fordert die Bundesregierung zu einer grundlegenden Reform des Pflegesystems auf.*

Foto: privat



Foto: privat

*Eine lebenswerte Zukunft für Kinder muss für die Politik oberste Priorität haben, findet Familienvater Haas.*

**ROMAN HAAS****32, Vater eines AWO-Kita-Kindes, Landsberg am Lech**

Damit Kinder bessere Chancen haben und Familien ihr Leben selbstbestimmt gestalten können, braucht es eine starke Familienpolitik und die Anerkennung unterschiedlicher Familienmodelle. Familien sind genauso vielfältig wie die ganze Gesellschaft. Diese Vielfalt muss nicht nur akzeptiert, sondern auch politisch unterstützt werden.

Als Eltern möchten wir die Möglichkeit haben, unsere Elternschaft gleichberechtigt zu leben – sowohl in der Erwerbs- als auch in der Sorgearbeit. Besonders in den ersten Lebensjahren unserer Kinder benötigen wir Flexibilität, um Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Flexible Arbeitszeiten und Homeoffice-Optionen sind für uns genauso wichtig wie individuelle Arbeitszeitmodelle.

Wir geben mit unseren Kindern das Wertvollste, das wir haben, in die Betreuungseinrichtungen. Daher haben wir hohe Erwartungen an Kitas und Schulen. Der Fachkräftemangel muss dringend angegangen werden, um die Qualität der frühkindlichen Bildung und der Schulen zu sichern. Zudem erwarte ich die konsequente Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern. Dabei dürfen ältere Kinder ohne Rechtsanspruch nicht benachteiligt werden.

Ich wünsche mir stärkere Anreize, damit sich Väter von Beginn an aktiver in die Familienarbeit einbringen. Beispielsweise würden Familien davon profitieren, wenn sie mehr Elternzeit nehmen und der Vaterschaftsurlaub eingeführt wird. Beide Maßnahmen geben Vätern Zeit, sich in ihrer neuen Rolle einzufinden und ihre Kinder richtig kennenzulernen.

Wir Eltern investieren viel in die Zukunft unserer Kinder. Wir erwarten auch von der Politik, dass eine lebenswerte Zukunft für unsere Kinder höchste Priorität hat.



## INTERVIEW

# „Auch in Deutschland steigt die Ungleichheit“

Fragen: Alexandra Kournioti

## Wieso steigt die Zustimmung für links- und rechtsextreme Parteien?

Im Wesentlichen sind es drei zusammenwirkende Prozesse: Globalisierung beziehungsweise europäische Integration, gesellschaftlicher Wertewandel und wirtschaftliche Transformation. Wer daraus als Gewinner\*in hervorgeht, arbeitet oft in menschen-nahen Berufen, ist hoch gebildet, mobil, spricht mehrere Sprachen, hat keine Angst vor der Globalisierung und wählt in der Regel gemäßigte Parteien. Menschen, die nicht von der Bildungsrevolution profitiert haben, einfache Tätigkeiten verrichten und deren Arbeitsplätze teilweise tatsächlich von der Globalisierung bedroht sind, gehören eher zum Wählerpotenzial extremer Parteien. Ebenso Menschen, die vom Wertewandel nicht so erfasst worden sind und eher allergisch auf Gendersternchen und Homo-Ehe reagieren. Sie fühlen sich oft auch durch Zuwanderung in ihrer kulturellen Identität bedroht. Es handelt sich also um eine kulturelle und eine wirtschaftliche Bedrohungswahrnehmung.

## Wie lässt sich diese korrigieren?

Aufgabe der Politik ist es, die Problemlagen dieser Leute genau in den Blick zu nehmen. Das heißt nicht, wir sollten keine Einwander\*innen mehr ins Land lassen. Wenn wir die Stimmen für AfD und BSW anschauen, dann ist die Zustimmung in Ostdeutschland besonders stark. Dort gibt es viele Probleme seit der Wiedervereinigung. Wenn die letzte Post schließt, der nächste Supermarkt 20, 30 Kilometer entfernt ist, hat keine\*r große Zuversicht. Solange wir die soziale Ungleichheit nicht beheben,

wird sich daran nichts ändern. Umverteilung von Vermögen ist ein möglicher Ansatz. Vor allem brauchen wir eine Politik, die Wohnen bezahlbarer macht, die die Inflation in bestimmten Phasen besser bekämpft, die das Leben bezahlbarer macht für die, die wenig Geld haben. Es ist kein Zufall, dass Rechtspopulismus in den USA viel Zulauf bekommen hat. Dort gibt es wenige soziale Sicherungssysteme. Aber auch in Deutschland steigt die Ungleichheit.

## Unabhängig von alldem sind starke Volksparteien ein Auslaufmodell?

Ja, ich glaube es gibt keinen Weg zurück zur Bonner Republik. In Europa sehen wir Länder wie Österreich, Belgien und die Niederlande, die von größeren Parteien dominiert waren, was sich stark zurückgebildet hat. Das hat mit Wertewandel zu tun, mit Individualisierung und Bildungsexpansion. Die Menschen entscheiden auf höherem Niveau, wen sie wählen. Und das führt zu einer deutlich größeren Zersplitterung des Parteiensystems.

## Welche Vorteile haben kleinere Parteien für die Demokratie?

Wenn die Bevölkerung divers ist, dann ist es besser, wenn es mehrere kleine Parteien gibt, die diese speziellen Bedürfnisse in die Politik einbringen können. Das ist die wichtigste Funktion von kleineren Parteien. Im Übrigen, wo wie in Großbritannien und den USA über das Wahlsystem die Zahl der Parteien minimiert ist, haben wir keine stabilen Volksparteien, sondern zerrissene, lagerbildende Parteien.

## Oliver Treib

ist Professor für vergleichende Policy-Forschung und Methoden empirischer Sozialforschung an der Universität Münster. Einer seiner Forschungsschwerpunkte ist die Veränderung politischer Konfliktlinien.

Foto: privat



## Wann werden kleinere Parteien möglicherweise gefährlich für die Demokratie?

Wenn die Regierungsfähigkeit gefährdet ist. Dabei gibt es erfolgreiche Vielparteienkoalitionen. In Finnland hatten wir in den letzten 30 Jahren Phasen, in denen eine Koalition aus fünf oder sechs Parteien bestanden hat und Finnland ist nicht durch Unregierbarkeit aufgefallen. Voraussetzung sind Kompromissbereitschaft und Kompromissfähigkeit. Das gilt aber auch für zwei Parteien.

## Ist das Festhalten an der Fünf Prozent-Sperrklausel noch zeitgemäß?

Die Sperrklausel ist ein Kompromiss zwischen der authentischen Repräsentation der vielfältigen Positionen in der Bevölkerung und der Sicherung der Regierungsfähigkeit. Ein grundsätzlich sinnvolles Instrument. Ob das fünf Prozent oder ein anderer Wert sein sollten, darüber kann nachgedacht werden. Dafür müssen wir uns anschauen, wie hoch der Anteil der Stimmen ist, die wegen der Klausel wegfallen. In der Regel sind das fünf bis sechs Prozent der Stimmen. 2013 waren es tatsächlich um die 16 Prozent der abgegebenen Stimmen. Wenn das öfter vorkommen sollte, wäre eine Hürde von drei bis vier Prozent überlegenswert.



Fotos: Carsten Träger, B'90/GRÜNE im BT/Kaminski, FDP Bayern

# AWO-Wahlcheck 2025

Text: Christa Landsberger

**Bundestagswahl schon im Februar? Der Termin kam für uns in der AWO ebenso überraschend wie für Wähler\*innen und Parteien.**

Kurzfristig mussten wir überlegen, wie wir unsere Mitglieder bei ihrer Wahlentscheidung unterstützen können. Eine vorgezogene Ausgabe der WIR? Kaum zu stemmen angesichts der Weihnachtspause. Auch die Parteien steckten lange im Programmprozess. Der kürzeste Draht ist das Internet, zwar nicht für alle, aber für immer mehr Menschen. Daher haben wir uns für ein Onlineformat entschieden und hoffen, dass wir damit möglichst viele erreichen konnten.

Wir haben vier Fragen zu Themen formuliert, die für uns als Sozialverband besonders relevant sind, und die bayerischen Spitzenkandidat\*innen um kurze Antworten per Video gebeten. Eingeladen waren alle demokratischen Parteien, die im letzten Bundestag in Fraktionsstärke vertreten waren: CSU als Teil der Union, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Bedauerlicherweise kam trotz mehrfacher Nachfrage keine Rückmeldung der CSU.

Auf unsere Frage, wie sie für mehr Gerechtigkeit sorgen wollen, haben die Kandidat\*innen so geantwortet:

## Carsten Träger, SPD

Das Leben in Deutschland ist teuer geworden. Wir sind der Meinung: Wer Vollzeit arbeitet, muss sich und seine Familie auch davon ernähren können. Deshalb wollen wir zum einen mehr Tarifbindung erreichen, damit die Leute, die mehr als den Mindestlohn verdienen, ordentliche Löhne erzielen können. Zum zweiten wollen wir den Mindestlohn auf 15 Euro pro Stunde erhöhen. Das bedeutet für rund 20 Prozent der Menschen in Bayern eine deutliche Lohnerhöhung.

## Jamila Schäfer, B'90/GRÜNE

Die Schere zwischen Arm und Reich klafft in Deutschland leider immer weiter auseinander. Deswegen brauchen wir ein gerechtes Steuersystem, in dem kleine und mittlere Einkommen gezielt entlastet werden und starke Schultern mehr tragen. Außerdem wollen wir den Mindestlohn auf 15 Euro erhöhen und wir wollen eine Reform der Schuldenbremse, mit der wir zum Beispiel mehr Geld in gute Bildung investieren können.

Der Einladung zum AWO-Wahlcheck gefolgt sind die bayerischen Spitzenkandidat\*innen der Parteien der ehemaligen Ampelregierung: Carsten Träger (SPD), Jamila Schäfer (B'90/GRÜNE) und Martin Hagen (FDP).

## Martin Hagen, FDP

Die größte Ungerechtigkeit in Deutschland ist, dass der Bildungserfolg von Kindern immer noch so stark von ihrer sozialen Herkunft abhängt. Das wollen wir ändern. Die ehemalige Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger von der FDP hat mit dem Startchancenprogramm bereits einen ersten Schritt hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit getan. Darauf wollen wir aufbauen.

➔ *Weitere Fragen und Antworten findest Du – auch im Videoformat – auf unseren Instagram- und Facebook-Profilen @awobayern oder unter [awo-bayern.de/awo-wahlcheck-2025](http://awo-bayern.de/awo-wahlcheck-2025)*



Der AWO-Bundesverband hatte vor der Bundestagswahl eine Menge Material zusammengestellt und Veranstaltungen organisiert, um möglichst viele Menschen dazu zu motivieren, für eine der Parteien zu stimmen, die für einen starken Sozialstaat, eine lebendige Zivilgesellschaft und eine stabile Demokratie eintreten.

- **15 Kernforderungen** an die neue Bundesregierung
- **Synopse der Wahlprogramme** mit Online-Veranstaltung
- **Factsheets** zu gesellschaftlicher Ungleichheit
- **Social-Media-Kampagne** #AWOWaehltDemokratie
- **AWO-Wahlarena**

➔ *Alle Materialien sind abrufbar unter [awowaehltedemokratie.awo.org](http://awowaehltedemokratie.awo.org)*

# WIR DIE AWO IN OBERBAYERN

Liebe AWO-Freundinnen und -Freunde, wer hätte das gedacht, dass die erste Ausgabe der WIR im neuen Jahr eine Wahlausgabe wird? Wenn ihr dieses Heft in der Hand haltet, ist die Wahl vom 23. Februar bereits vorbei. Dann wissen wir, wer gewählt wurde und vielleicht auch, welche Parteien künftig die Regierung stellen. Weitgehend unbeeindruckt von Wahlergebnissen laufen die Aktivitäten und Angebote unserer Gliederungen weiter. Sie reichen von Seniorencafés gegen Einsamkeit über Aktionen für Familien zur sozialen Teilhabe bis hin zu Angeboten über alle Gesellschaftsschichten hinweg, um im Austausch zu bleiben.

All diese Angebote sind Beiträge, um das Fundament unserer Zivilgesellschaft zu festigen. Und ich gehe noch weiter: Unsere Angebote sind ein Beitrag zur Stärkung unserer Demokratie. Warum? Weil sie auf Werten beruhen, die unsere demokratische Gesellschaft gerade jetzt braucht, um liberal und pluralistisch zu bleiben: Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Toleranz und Solidarität. Unsere AWO-Werte.

Gerne danke ich allen von Herzen, die unsere Angebote gestalten, nutze heute jedoch auch die Gelegenheit, um zu Mehr aufzurufen. Wie Anfang 2022 und Anfang 2024 ist es auch Anfang 2025 vielleicht wieder notwendig, in den friedlichen Protest einzusteigen und zu demonstrieren. Zu zeigen, dass wir da sind – als Teil eines großen Netzwerks in einer starken Zivilgesellschaft, die sich für eine stabile und starke Demokratie einsetzt.



Eure  
Nicole Schley  
Präsidentin

## Fachkräfte begeistern und gewinnen

„Mach was Richtiges, mach was Wichtiges“. Mit dieser neuen Botschaft ist der AWO-Bezirksverband Oberbayern Ende 2024 in die aktive Suche nach Fachkräften eingestiegen. Vor allem für die über 50 Kitas und über 20 Seniorenzentren werden neue Kolleg\*innen gesucht. „Ziel der Kampagne ist zu zeigen, was die Arbeit in unseren Einrichtungen ausmacht“, sagt Cornelia Emili, Vorstandsvorsitzende des Bezirksverbands. „Die AWO Oberbayern ist ein Ort, der inspiriert, verbindet und begeistert. Das möchten wir zeigen und damit viele tolle Menschen erreichen, die sich bei uns engagieren oder engagieren möchten.“

### Im Radio und in den Sozialen Medien

Der Auftritt startete mit einem Werbespot, der vom 23. Dezember bis zum 18. Januar zu hören war im Radiosender „Radio Gong 96.3“. Der Sender kann in München empfangen werden und auch in den Landkreisen Ebersberg, Bad Tölz-Wolfratshausen, Starnberg, Fürstenfeldbruck, Dachau, Freising und Erding.

Ebenfalls aktualisiert wurde der Auftritt in

den Sozialen Medien. Bilder und

Schriftzüge wurden neu aufgesetzt, neue Themenbereiche festgelegt. Jetzt postet der Bezirksverband regelmäßig auf Facebook und Instagram. Neue Seiten auf LinkedIn und TikTok folgen.

### Neuer Partner, bekannte Forderungen

Für die Fachkräftekampagne arbeitet der Bezirksverband mit der Agentur Balleywasl aus München zusammen. Cornelia Emili: „Wir freuen uns sehr, gemeinsam mit diesem Partner neue Wege auszuprobieren.“

Die Politik fordert der Bezirksverband weiterhin dazu auf, ebenfalls Maßnahmen zu ergreifen, um den Fachkräftemangel in den sozialen Berufen zu bekämpfen. Soziale Dienstleistungen brauchen bessere Rahmenbedingungen, um die Attraktivität der Arbeitsfelder generell zu steigern.



# Penzberg zeigt Flagge

## Demokratieausstellung lädt zum Kultur-Spaziergang ein

Einen ganz besonderen Weg, um für Demokratie und Toleranz einzustehen, ging Ende des vergangenen Jahres der Ortsverein Penzberg. Gezeigt wurde die Ausstellung „Flagge zeigen für Demokratie. Gegen Gewalt und Fremdenhass“ des Künstlers Klaus Staeck. Ute Frohwein-Sendl, Initiatorin und Erste Vorsitzende, organisierte einen einzigartigen Kultur-Spaziergang durch die 29 teilnehmenden Ausstellungsstätten.



© Andreas Baar/Das Gelbe Blatt/Rundschau für Penzberg

*Ute Frohwein-Sendl, Erste Vorsitzende des Ortsvereins, mit Plakaten der Ausstellung „Flagge zeigen für Demokratie. Gegen Gewalt und Fremdenhass“*

Die Wanderausstellung „Flagge zeigen für Demokratie. Gegen Gewalt und Fremdenhass“, bestehend aus 38 politischen Plakaten, wurde erstmals im Jahr 1994 von dem renommierten Grafikdesigner und Künstler Klaus Staeck ins Leben gerufen. In einer Zeit, in der Fremdenfeindlichkeit und rechtsextreme Tendenzen auch in Deutschland ein wachsendes Problem darstellten. Seitdem waren die Bilder bereits an 160 Orten zu sehen. Sie symbolisieren ein eindrucksvolles Statement für den Erhalt demokratischer Werte und den respektvollen Umgang mit Vielfalt. Für die Gestaltung konnte Staeck in den 1990-ern namhafte Künstler gewinnen wie beispielsweise Christo, Tomi Ungerer, Hanne Darboven, Günter Grass, Rupprecht Geiger, Kirsten Klöckner, Harald Naegeli, Wolfgang Niedecken, Daniel Spoerri und Günther Uecker.

### Demokratie ist nicht selbstverständlich

Heute, mehr als 30 Jahre später, ist das Thema Demokratie aktueller denn je. Ute Frohwein-Sendl, Erste Vorsitzende des Ortsvereins, hebt hervor, dass gerade in einer Stadt wie Penzberg, in der Menschen aus über 90 Nationen leben und ein respektvolles Miteinander pfe-

gen, die Thematik eine besondere Bedeutung hat.

„Penzberg ist ein gutes Beispiel für gelungene Integration und gegenseitigen Respekt. Doch dieser Zustand ist keine Selbstverständlichkeit – wir müssen immer wieder dafür kämpfen, dass er uns erhalten bleibt.“

Gesagt, getan: Vom 15. Oktober bis zum 29. November letzten Jahres konnten Bewohner\*innen und Besucher\*innen Penzbergs die Ausstellung besuchen. Wie es dazu kam? „Die Ausstellung war bereits seit 2001 in Bayern unterwegs. Ich habe sie vor fast 15 Jahren vom Landesjugendwerk der AWO übernommen, das damals keine Lagermöglichkeit dafür hatten. Jetzt, in meiner Rente, hatte ich endlich Zeit, die Ausstellung zu organisieren“, so Frohwein-Sendl.

Neben ihrer Tätigkeit als Erste Vorsitzende im Ortsverein arbeitete sie viele Jahre als Jugendsozialarbeiterin an der ortsansässigen Mittelschule. Ziel war es, die Ausstellung nicht nur an einem Ort zu zeigen, sondern die Exponate über die Stadt hinweg an verschiedenen Schauplätzen zu verteilen, um sie für möglichst viele Menschen sichtbar zu machen und gleichzeitig die Möglichkeit eines Kultur-Spaziergangs entstehen zu lassen.

### Kunst im öffentlichen Raum für ein gutes Miteinander

„Durch die Arbeit im Ortsverein bin ich gut vernetzt und habe verschiedene Institutionen angeschrieben, ob sie teilnehmen möchten – von Kindergärten und Schulen bis hin zu Einrichtungen verschiedener Glaubensgemeinschaften und lokale Einzelhändler\*innen. Alle fanden die Idee super, das hat mich natürlich sehr gefreut“, erzählt Frohwein-Sendl. Die Plakate teilte sie den entsprechenden Institutionen zu, sodass sichergestellt wurde, dass an den jeweiligen Orten, wie beispielsweise in den Kindergärten, ausschließlich altersgemäße Inhalte gezeigt wurden. Die Bilder wurden zudem so platziert, dass die Ausstellung während der regulären Öffnungszeiten der jeweiligen Einrichtungen zugänglich war, wie beispielsweise in der Stadtbücherei, dem Museum Penzberg-Sammlung Campendonk, in Cafés, Bäckereien, dem Rathaus und der Volkshoch-

schule. Jedes Plakat bot in seiner jeweiligen Umgebung eine neue Perspektive auf das Thema Demokratie.

Die Entscheidung, die Kunstwerke über die ganze Stadt zu verteilen, sollte außerdem die Vielfalt der Orte widerspiegeln, an denen Demokratie und Toleranz eine Rolle spielen. „Wir wollten die Menschen dort erreichen, wo sie sich bewegen, arbeiten, lernen und miteinander umgehen“, erklärt Frohwein-Sendl. „Es ist ein Aufruf an alle, sich für ein respektvolles Miteinander zu engagieren, unabhängig von Herkunft, Glauben oder Hautfarbe. Wir müssen uns immer wieder um die Demokratie bemühen“, so Frohwein-Sendl.

Die Ausstellung bot den Besucher\*innen einen Moment der Reflexion und regte dazu an, selbst aktiv zu werden. „Ich habe einige E-Mails dazu bekommen, wie einzelne Plakate gedeutet werden sollen. Darauf habe ich immer geantwortet: ‚Das muss jede\*r für sich selbst überlegen.‘ Man kann nicht immer direkt auf die Bedeutung schließen und hat Raum für eigene Überlegungen.“

Diesen Raum nutzten beispielsweise auch die Schüler\*innen der Penzberger Schulen, die an dem Kultur-Spaziergang teilnahmen und mit ihren Lehrkräften das Thema Demokratie auch im Unterricht behandelten. „Ich finde es wichtig, dass man das Thema Demokratie wieder positiv sieht. Wir sind alle abhängig davon, aber müssen etwas dafür tun“, so Frohwein-Sendl.

### „Kunst kann etwas bewegen“

Frohwein-Sendl und Klaus Staack selbst betonen, wie wichtig es ist, dass Kunst nicht nur in Museen oder Galerien gezeigt wird, sondern direkt in den öffentlichen Raum getragen wird. „Kunst kann etwas bewegen“, sagt die Erste Vorsitzende des Ortsvereins. „Gerade in einer Zeit, in der viele politische und gesellschaftliche Themen polarisieren, ist es wichtig, dass wir uns mit den Werten der Demokratie auseinandersetzen. Kunst gibt uns die Möglichkeit, auf emotionaler Ebene zu reagieren und sich mit schwierigen Themen auseinanderzusetzen.“

Eine Auseinandersetzung mit dem Thema Demokratie war im Rahmen der Ausstellung auch in Form eines kleinen Highlights möglich: Besucher\*innen der Ausstellung konnten an einem Gewinnspiel teilnehmen. Dabei galt es, drei Fragen zu beantworten:

- Welches Tier ist im Wappen der Stadt Penzberg abgebildet?
- In welchem Jahr wurde die Arbeiterwohlfahrt in Deutschland gegründet?
- Wo steht der Satz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“?

Die Teilnehmerzahlen konnten sich sehen lassen. Stolz 100 Einsendungen erhielt Frohwein-Sendl. Im Januar wurden die zehn Gewinner\*innen in den Räumlichkeiten der AWO gekürt, die unter anderem mit Einkaufsgutscheinen im Wert von bis zu 150 Euro belohnt wurden.

### Eine Einladung zum Nachdenken

Die Ausstellung „Flagge zeigen für Demokratie“ in Penzberg ist nicht nur eine Rückschau auf die gesellschaftlichen Herausforderungen der 90er-Jahre, sondern vor allem ein Aufruf, sich weiterhin für eine offene, demokratische Gesellschaft einzusetzen. Sie erinnert uns daran, dass Demokratie kein Selbstläufer ist, sondern immer wieder neu verteidigt werden muss.

Der Kultur-Spaziergang durch Penzberg lud dazu ein, sich mit den großen Fragen von Toleranz, Vielfalt und Respekt auseinanderzusetzen – und dies auf eine künstlerische und zugleich nachdenkliche Weise über alle Generationen hinweg. Wer die Ausstellung auch bei sich im Ort zeigen möchte, kann sich an Ute Frohwein-Sendl wenden und die Plakate gegen eine kleine Gebühr ausleihen. **Telefon: 08856/803907,**  
**E-Mail: [ute.frohwein-sendl@awo-penzberg.de](mailto:ute.frohwein-sendl@awo-penzberg.de)**

Alexa Dinauer

# 1 + 1 = 1

## Neuer Kreisverband Rosenheim-Miesbach

2024 wurde aus den beiden AWO-Kreisverbänden Rosenheim und Miesbach-Tegernsee ein Kreisverband für die beiden Landkreise zusammen. Wir haben mit dem Geschäftsführer des Verbands, Anton Reiserer, gesprochen.

### WIR: Warum die Veränderung?

Reiserer: Ziel der Verschmelzung ist, den Ortsvereinen im Landkreis Miesbach-Tegernsee aktive Ortsvereine und einen sozial-unternehmerischen Kreisverband zur Seite zu stellen, der ihre Arbeit vor Ort unterstützt und begleitet. Die Arbeit in den Ortsvereinen ist zum Teil herausfordernd, unter anderem weil die Mitgliederzahlen zurückgehen. So gehören die Ortsvereine im Landkreis Miesbach nun zum Kreisverband Rosenheim-Miesbach und können sich in einem erweiterten Kreis austauschen und vernetzen.

Da der Kreisverband Miesbach keine eigenen Einrichtungen und keine hauptamtlichen Mitarbeitenden beschäftigte, bot sich die Verschmelzung mit dem Kreisverband Rosenheim an, auch um den Kommunen im Landkreis Miesbach als Träger für Kindertageseinrichtungen, schulische Betreuungsdienste und soziale Aufgaben als Partner zur Verfügung zu stehen.

### WIR: Warum war die AWO in zwei benachbarten Landkreisen die letzten Jahre so unterschiedlich aktiv?

Reiserer: Das hat vor allem historische Gründe, denke ich. In der Region Rosenheim lebte die AWO als ein traditioneller Verband der Arbeiter\*innenbewegung nach dem Verbot im Dritten Reich und dem Zweiten Weltkrieg wieder auf. Im Oberland war diese Tradition weniger gegeben, mit Ausnahme des Bergwerksstandorts Hausham. Die Ortsvereine im Oberland haben es vor diesem Hintergrund nicht leicht und haben dennoch ein bemerkenswertes Engagement an den Tag gelegt.

Unsere Erfahrung zeigt, dass Ortsvereine dort Mitgliederzuwächse verzeichnen, wo es eine aufsuchende Seniorenarbeit gibt und zum Beispiel Bewohner\*innen des Seniorenzentrums oder zu Hause zum Geburtstag besucht werden oder jemand zum Seniorencafé oder einem kleinen Ausflug einlädt. Gerne wollen wir mit unseren neuen Ortsvereinen Tegernsee, Bad Wiessee, Hausham und Miesbach intensiv zusammenarbeiten und unsere Netzwerke stärken. So können Rosenheimer Ortsvereine künftig zum Beispiel den Ortsverein Tegernsee besuchen und so die Möglichkeit bieten, miteinander zu sprechen und neue Kontakte zu knüpfen.



Anton Reiserer (knieend) und das Team der Geschäftsstelle des AWO-Kreisverbands Rosenheim-Miesbach

### WIR: Welche Herausforderungen gab es im Vorfeld der Verschmelzung zu meistern?

Reiserer: Die Herausforderungen waren vor allem juristischer Natur. Für die Verschmelzung zweier Kreisverbände ist ein notariell beglaubigter Vertrag nach dem Umwandlungsgesetz notwendig. Zudem kann eine Verschmelzung nur stattfinden, wenn es auf beiden Seiten handlungsbereite Vorstandschaften gibt. Hätte der Kreisverband Miesbach hauptamtlich tätige Mitarbeitende gehabt, hätten weitere tarifrechtliche Vorgaben beachtet werden müssen.

### WIR: Wie läuft das neue Modell aktuell?

Reiserer: Aktuell sind wir dabei, die neuen Ortsvereine weiter in unsere Strukturen zu integrieren. Wir haben sie bereits eingeladen und einen Kreisausschuss abgehalten. Außerdem wollen wir sie in den nächsten Ausgaben unserer Mitgliederzeitschrift vorstellen. Wir wollen sie weiter vernetzen mit den Ortsvereinen im Landkreis Rosenheim. Außerdem haben wir die Gemeinden im Landkreis Miesbach-Tegernsee über das erweiterte Gebiet unseres Kreisverbands informiert. So kann die AWO in der Region mit ihrer Fachlichkeit und Expertise, ihren rund 22 Kindertagesstätten und 18 schulischen Kooperationen im Schulbereich eine professionelle, konfessionsübergreifende Alternative für Trägerschaften im Kinder- und Jugendbereich sein.

Das Interview führte Linda Quadflieg.

# Verschmelzung von Vereinen

## Einige Aspekte, die auf die Beteiligten zukommen

**Die Kreisverbände der AWO in Rosenheim und in Miesbach-Tegernsee sind miteinander verschmolzen. Christian Willwerth, Leiter der Mitgliederorganisation des Bezirksverbands Oberbayern, zeigte einige Aspekte auf, die bei einer Verschmelzung relevant sind.**

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie zwei rechtlich selbständige Vereine zu einem Verein werden können, wie das im Falle der Kreisverbände Rosenheim und Miesbach-Tegernsee geschehen ist.

Die wohl unkomplizierteste Variante ist die einer Verschmelzung durch Aufnahme nach dem Umwandlungsgesetz, die die Kreisverbände Rosenheim und Miesbach gewählt haben. Voraussetzung ist in diesem Falle, dass beide Vereine eingetragene Vereine sind.

### Regelungen aus dem Umwandlungsgesetz

Ein großer Vorteil der Verschmelzung nach dem Umwandlungsgesetz besteht darin, dass kein Verein aufgelöst werden muss. Die Auflösung eines Vereins ist in der Regel mit großem bürokratischen Aufwand verbunden. Der andere große Vorteil ist, dass das gesamte Vermögen des Vereins, der in dem anderen Verein aufgeht, automatisch mit der Verschmelzung auf den Verein übergeht, der den anderen Verein aufnimmt.

Verschmelzung bedeutet, dass ein Verein in einem anderen Verein aufgeht. Im Falle der beiden Kreisverbände Rosenheim und Miesbach-Tegernsee bedeutete das, dass der Kreisverband Miesbach-Tegernsee mit der Eintragung der Verschmelzung im Vereinsregister rechtlich aufgehört hat zu existieren. Der Kreisverband Miesbach-Tegernsee musste also nicht aufgelöst werden. Das Vermögen des Kreisverbandes Miesbach-Tegernsee ging gewissermaßen rechtlich automatisch auf den Kreisverband Rosenheim über, der sich verpflichtet hatte, den Namen „AWO Kreisverband Rosenheim-Miesbach e.V.“ anzunehmen.

### Notar sorgt für reibungslosen Ablauf

Der Aufwand bei einer Verschmelzung nach dem Umwandlungsgesetz wird ein wenig größer, wenn der aufgehende Verein Einrichtungen trägt und damit hauptamtlich Beschäftigte hat. Und auch dann, wenn der aufgehende Verein Grundstücke und Gebäude besitzt, wird es etwas aufwändiger. Insgesamt aber ist der Ablauf deutlich leichter zu bewältigen, als würde ein Verein oder würden gleich beide Vereine aufgelöst, um einen neuen gemeinsamen Verein zu gründen.

Sehr empfehlenswert ist es, schon ganz früh im Veränderungsprozess einen Notar hinzuzuziehen. Damit wird sichergestellt, dass die richtigen Schritte in der richtigen Reihenfolge abgearbeitet werden, was entscheidend ist für ein rechtlich einwandfreies Ergebnis einer Verschmelzung.

### Verschmelzung gestalten

Und es ist Sensibilität beim aufnehmenden Verein gefordert. Der Verein, der in dem anderen Verein aufgeht, sollte im Namen des verschmolzenen Vereins berücksichtigt werden und es sollte auch sichergestellt werden, dass Mitglieder aus dem aufgehenden Verein eine gute Chance haben, in den Vorstand des verschmolzenen Vereins gewählt werden zu können.

*Christian Willwerth*



## 40 Jahre Selbsthilfezentrum Traunstein



© Monika Fischer Mediengestaltung

*Einrichtungsleitung Christina Hille und Kai Wagner, Geschäftsführer des Kreisverbands Traunstein.*

**Traunstein.** „Wir feiern heute 40 Jahre Selbsthilfe – nicht nur eine lange Zeit, sondern 40 Jahre voller Engagement und Unterstützung für Menschen in schwierigen Zeiten. Es ist eine Feier der Menschlichkeit, der Solidarität und des Miteinanders. Es ist eure Feier!“, begrüßte Einrichtungsleitung Christina Hille die Anwesenden bei der Jubiläumsfeier des Selbsthilfezentrums Traunstein im Kulturforum Klosterkirche. Rund 150 Gäste erlebten Anfang Oktober ein vielfältiges Programm, das von einer Liveband musikalisch begleitet wurde. Neben den Grußworten der Ehrengäste gab es eine Talkshow mit Vertreter\*innen der Selbsthilfegruppen, eine Ehrung für langjährig engagierte Ehrenamtliche und eine spannende Exkursion in die Gedankenwelt mit dem Mentalist Michael Kamml. Nach leckerem Essen und musikalischer Begleitung feierten die Gäste diesen bemerkenswerten Meilenstein noch bis spät in die Nacht.

## Christa Jordan erhält Engagementpreis 80plus

**Landsberg am Lech.** Die Stiftung ProAlter zeichnete 2024 zehn herausragende Persönlichkeiten über 80 Jahre für ihr bemerkenswertes bürgerschaftliches Engagement aus. Eine der Preisträgerinnen ist Christa Jordan aus Landsberg am Lech, die als Ehrenamtliche täglich unter Beweis stellt, dass Engagement keine Frage des Alters ist. Das AWO-Mehrgenerationenhaus Landsberg hatte Jordan für den mit 1.000 Euro dotierten Preis vorgeschlagen. Von 2011 bis 2022 leitete sie die Senior-Trainer-Ausbildung im Landkreis Landsberg und begleitet weiterhin aktuelle Schulungen. In ihrer Funktion unterstützt sie die Teilnehmenden bei der Umsetzung neuer Projekte, bietet Supervision und leitet ein Kompetenz-Team, das mehr als 80 Absolvent\*innen eine wertvolle Anlaufstelle bietet. Zudem moderiert sie Filmgespräche als Filmbeirätin 60+ und leitet den Gesprächskreis „Altern“. Wir gratulieren Jordan zu dieser Auszeichnung und würdigen ihr Engagement, das nicht nur den sozialen Zusammenhalt stärkt, sondern auch anderen als Vorbild dient.



© Ernst Schatz

*Christa Jordan und Jury-Mitglied Franz Müntefering*

## Richtigstellung zur Meldung „Ingolstadt mit neuem Vorstand“

**Ingolstadt.** Auf Seite 17 der letzten Ausgabe der WIR (4/2024) wurde über den neuen Vorstand des Kreisverbands Ingolstadt berichtet. Wir möchten berichtigen: Heidi Mössmer ist eine Delegierte des Ortsvereins Kösching-Kasing-Bettbrunn. Gewählt als Revisor wurde Dieter Betz. Als Schriftführerin wurde Heike Reinhard-Berthold gewählt, die das Amt bis zur konstituierenden Sitzung des Vorstands im September 2024 innehatte. Im September wurde Waltraud Karabiber aus dem Kreis der Beisitzer\*innen zur Schriftführerin bestimmt.



## Förderung für Germeringer Schulkinder



*Annette Zaus, Projektleiterin links und Brit Hupp-Alter, Geschäftsführerin des Ortsvereins Germering*

Seele der Gruppe ist“ und durch regelmäßige Stammtische die Ehrenamtlichen langfristig begleitet und motiviert. Die Ehrenamtsgruppe sucht laufend neue Mitglieder. Interessierte können sich auf der Website des Ortsvereins informieren und Kontakt aufnehmen. [awogermering.de](http://awogermering.de)

**Germering.** Dass ehrenamtliches Engagement einen echten Unterschied macht, zeigte das zehnjährige Jubiläum des Projekts „Wir helfen Schüler\*innen“ (WHS) des Ortsvereins Germering. Seit einer Dekade unterstützen mittlerweile rund 50 Ehrenamtliche Kinder an Germeringer Schulen, darunter viele Senior\*innen und Schüler\*innen. Beispielsweise als Lesepat\*innen, die an der Theresen-Grundschule sogar im Unterricht präsent sind, um gezielt Einzelnen Hilfestellung beim Lesen zu leisten. Gefeierte wurde das Jubiläum im Mehrgenerationenhaus Zenja. Brit Hupp-Alter, Geschäftsführerin, betonte die Rolle des Ortsvereins und im Besonderen des Projekts WHS bei der täglichen Betreuung der rund 1.700 Kinder im Ort. Dies sei vor allem der Leiterin des Projekts, Annette Zaus, zu verdanken, „die Herz und

## Chronik an Ortsverein Chiemgau-West übergeben



*V.l.n.r.: Herbert Weißenfels und Lorenz Ganterer*

dass das Werk den Mut und die Ausdauer der Gründungsmitglieder ehrt und ein Dankeschön an alle richtet, die über 75 Jahre hinweg die Grundwerte der AWO lebendig hielten und halten. Auch für zukünftige Generationen sollen sie ein Vorbild hinsichtlich sozialer Verantwortung und Solidarität sein.

**Chiemgau-West.** Ein aufwendiges Chronikwerk würdigt Jahrzehnte sozialer Arbeit in der Region: Im November übergab Herbert Weißenfels die Chronik „Prien am Chiemsee 1947 bis 2023“ an den Vorsitzenden des Ortsvereins Chiemgau-West Lorenz Ganterer. Dieser bedankte sich herzlich für das Werk und betonte den besonderen Stellenwert für den Verein. In monatelangem Einsatz hielt Weißenfels, der ehemalige langjährige Vorsitzende des Ortsvereins, auf 245 Seiten die Geschichte und das Engagement der AWO sowie ihrer vielen Ehrenamtlichen über sieben Jahrzehnten fest. Die Chronik beleuchtet die sozialen Angebote der AWO und die Zusammenarbeit mit der Kommune. Weißenfels erklärte,

## Jahreshauptversammlung in Kösching-Kasing-Bettbrunn

**Kösching-Kasing-Bettbrunn.** Die Jahreshauptversammlung des Ortsvereins Kösching-Kasing-Bettbrunn im Herbst 2024 stand im Zeichen der Neuwahlen der Vorstandschaft. Dieter Betz wurde einstimmig erneut zum Vorsitzenden gewählt. Auch die stellvertretenden Vorsitzenden Andrea Ernhofner und Heike Reinhardt-Berthold sowie Kassiererin Claudia Wiery und Schriftführer Jakob Glossner fanden sich in ihren Ämtern bestätigt. Neu im Vorstand sind Maria Amberger, Stefanie Kirchner und Sebastian Schmiedel als Beisitzende. Insgesamt zählt der Ortsverein nun 212 Mitglieder. Betz hob im Rückblick auf das vergangene Jahr mit dankenden Worten die erfolgreiche Frühjahrs- und Herbstsammlung hervor, bei der über 12.000 Euro an Spendengeldern gesammelt wurden. Diese fließen in den Köschinger Sozialfonds und die Unterstützung von Kinderbetreuungseinrichtungen.

# WIR DIE AWO MÜNCHEN-STADT

Liebe Freundinnen und Freunde,  
liebe AWO-Mitglieder,

die Bundestagswahl am 23. Februar ist wichtig: Es geht darum, ob wir sichere Renten und gute Pflege finanzieren, eine gute Krankenversicherung und ein Bürgergeld, dass Menschen in Not eine neue Chance gibt. Oder ob Reiche und Superreiche Milliarden an Steuergeschenken bekommen und bei den Ärmsten gekürzt wird.

Wir, als AWO München, stehen für soziale Bürgerrechte. Wir stellen uns gegen eine Umverteilung von unten nach ganz oben. Wir lehnen Einschnitte im sozialen Bereich ab. Im Gegenteil: Der Sozialstaat muss weiterentwickelt werden. Mit einer guten Krankenversicherung, in die alle einzahlen. Mit einer stabilen Rente und einer Pflegeversicherung, in der die Kosten gedeckelt sind. Wir sind überzeugt, dass starke Schultern mehr tragen müssen. Es geht dabei nicht nur um Gerechtigkeit. Es geht auch um eine stabile Demokratie in stürmischen Zeiten. Dazu gehören ein guter Sozialstaat und eine starke Wirtschaft. Aber das eine gibt es nicht ohne das andere.

Ihr  
Florian von Brunn  
Vorsitzender der Münchner AWO



## Royale Korrespondenz

mit dem Englischkurs im ASZ Obergiesing

Große Freude im Alten- und Service-Zentrum Obergiesing: Der Englischkurs für Senior\*innen hat Post vom König von England erhalten. Der Umschlag lässt schon von außen erkennen, dass sich ein royaler Inhalt darin befindet. Das geprägte Papier ist mit einem Siegel versehen.

Zu besonderen Anlässen ist es bereits Brauch unseres Englischkurses an das Königliche Haus zu schreiben. Neben einer Beschreibung des ASZs und wie der Englischkurs zu Stande kam gratulierten sie Ihm zum Geburtstag.



Die Freude war riesig als nun eine Antwort im Briefkasten lag.

Der König sprach seine Bewunderung über das ASZ aus und bedankte sich für die freundlichen Worte, was die Senior\*innen mit Stolz erfüllt. „So etwas erlebt man nicht alle Tage“, meinte eine Teilnehmerin strahlend.

Dieser Moment zeigt: Lernen verbindet – und manchmal führt es sogar bis in königliche Kreise!

Ein Ausschnitt aus dem übersetzten Brief:

„Seine Majestät weiß es sehr zu schätzen, dass Sie sich die Mühe gemacht haben, ihm so zu schreiben, und war gerührt von Ihren aufmerksamen Worten der Unterstützung. Ich kann Ihnen sagen, dass der König sehr daran interessiert war, etwas über Ihre zahlreichen Aktivitäten im ASZ und insbesondere über Ihre Studie der englischen Sprache und der britischen Geschichte zu erfahren. Ich danke Ihnen nochmals für die Übermittlung Ihrer Nachricht an Seine Majestät, der mich gebeten hat, Ihnen allen seine herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln“.

# Grundlage unseres Miteinanders

Als Pflegefachkraft habe ich täglich erfahren, was es bedeutet, in einem System zu arbeiten, das oft mehr auf Effizienz als auf Menschlichkeit fokussiert ist. Diese Erfahrungen haben mich politisiert. Als Bundestagsabgeordnete möchte ich mich für eine Gesellschaft einsetzen, in der Gesundheit, Bildung und Wohnen Grundrechte sind, die ohne Profitmaximierung sichergestellt werden. Auf der Intensivstation spielt die Krankenversicherung nur eine untergeordnete Rolle. Hier bekommt jede und jeder die Hilfe, die gerade dringend notwendig ist und das ist auch gut so. Ich kämpfe für die Einführung einer Bürger\*innenversicherung, eine stärkere Förderung kommunaler und gemeinnütziger Strukturen und die Deckelung der Pflegekosten auf 1000 €. Kinderarmut ist ebenfalls ein wichtiges Thema. In



Seija Knorr-Köning

Deutschland lebt jedes fünfte Kind in Armut. Mit der Kindergrundsicherung sollen Leistungen gebündelt, entbürokratisiert und mehr Gerechtigkeit geschaffen werden. Kostenfreie Bildung, Ganztagschulen und kostenloses Mittagessen für alle Kinder sind notwendig, um Chancengerechtigkeit zu ermöglichen. Die andere Seite der Chancengerechtigkeit ist die Verteilungsgerechtigkeit: deshalb kämpfe ich für eine Vermögenssteuer für Superreiche.

Das beste Rezept gegen Kinderarmut sind Eltern, die von Ihrer Arbeit leben können. Ich unterstütze die Anhebung des Mindestlohns auf 15 Euro, ein Recht auf Weiterbildung und die Anerkennung von Care-Arbeit.

Menschen kümmern sich umeinander, übernehmen für ihre Kinder, ihre Eltern Verantwortung. Das ist keine Randnotiz, sondern die Grundlage unseres Miteinanders. Ich stelle diese Grundhaltung in den Mittelpunkt all meiner politischen Ideen.

## Gute Pflegeversorgung kostet Geld

Pflege ist nichts, dass sich mit moderner Technik einfach herzaubern lässt. Sie erfordert menschliche Arbeit, Aufmerksamkeit, physischen und psychischen Einsatz.

Wer an der Pflege spart, spart auf dem Rücken von schutzbedürftigen Mitgliedern unserer Gesellschaft; spart auf dem Rücken von Beschäftigten, die unter Bedingungen arbeiten, die keiner lange aushält; und spart auf dem Rücken derer, die den Mangel an Pflege kompensieren müssen: zumeist Frauen, die die Pflege zuhause übernehmen. „Das klein bisschen Haushalt“ wird in solchen Situationen oft zum vollwertigen Zweitjob – nur ohne Verdienst, dafür oft mit Überschreitung der eigenen Belastbarkeitsgrenzen.

Wer Pflege besser machen möchte, muss vor allem Geld finden. Ein wichtiger Ansatz ist die Einführung einer Pflege-Bürgerversicherung. Private und gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung sollten zusammengelegt werden. Denn dann tragen wir das Pflegerisiko alle gemeinsam, die Arbeiterin wird nicht auch noch für ihre

harte Arbeit damit bestraft, dass sie höhere Versicherungskosten hat als die Beamtin. Wenn wir Arbeiter und Beamten gleichermaßen wertschätzen, ist das nur folgerichtig.

Die Einführung der Bürgerversicherung allein wird aber vermutlich nicht ausreichen. Es braucht einen Steuerzuschuss, zum Beispiel um pflegende Angehörige zu entlasten.

Sollte die Politik keine Antwort auf die Geldnot finden, droht die Übernahme der Pflegeheime durch Finanzinvestoren. Investoren verlangen eine Rendite. Und die muss im Zweifel aus Kostensenkungen kommen, die zu Lasten des Personals und der Gepflegten gehen.

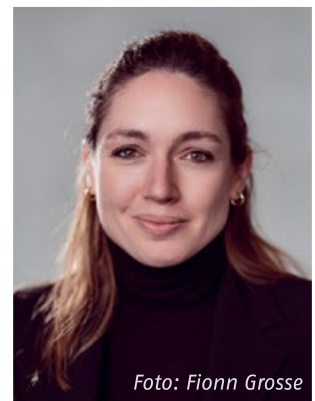


Foto: Fionn Grosse

Philippa Sigl-Glückner



## Was uns wichtig ist...

### Kostenbelastung bei Heimunterbringung senken!

Die Kosten für einen Pflegeplatz steigen weiter. In München ist der Eigenanteil im Vergleich mit dem Bayerischen Durchschnitt am höchsten. So lag der Eigenanteil im Dezember 2023 bei 3427 € und dürfte seither weiter gestiegen sein. Gründe dafür sind gestiegene Personalkosten und die Inflation.

Das Heimentgelt setzt sich aus Investitionskosten (entspricht im übertragenen Sinne der Kaltmiete), Unterkunft & Verpflegung, Pflegeaufwand (gleicher Betrag für alle Pflegegrade) und ausbildungsbezogenen Kosten zusammen. Vor allem der Pflegeaufwand sorgt für Diskussionen, da die Pflegeversicherung nur einen Teil übernimmt – sie funktioniert wie eine Teilkaskoversicherung.

Um Betroffene zu entlasten, wurde 2022 ein Leistungszuschlag eingeführt, der mit längerer Aufenthaltsdauer steigt. Beispiel: Bei Pflegegrad 3 (Gesamtkosten 5405 €) und einem Gesamt-Eigenanteil ohne Leistungszuschlag müssen 4086 € bezahlt werden. Bei einem Pflegekassenzuschuss von 1319 € sinkt der Eigenanteil nach mehr als 3 Jahren auf 2382 €. Trotz des Leistungszuschlags bleiben die Kosten für Pflegebedürftige hoch.

Für die Pflegekassen wäre eine vollständige Kostenübernahme nicht machbar. Sie wären ohne steuerliche Zuschüsse finanziell überfordert.

Wir, als Arbeiterwohlfahrt, haben uns stets für eine Pflegevollversicherung ausgesprochen, zuletzt bei einem verabschiedeten Antrag auf der letzten Kreiskonferenz der Münchner Arbeiterwohlfahrt im November 2024: „Die Finanzierungslogik der Pflegeversicherung muss sich ändern: Die Betroffenen übernehmen einen festen Anteil der Pflegekosten, den größeren Anteil und die Steigerungen übernimmt die Pflegekasse.“ Auch bei den beträchtlichen Investitionskosten beim Heimentgelt fordern wir vom bayerischen Staat eine Rückkehr zur staatlichen Investitionsförderung, wie es auch bei Krankenhäusern der Fall ist. Dies würde eine Entlastung der Betroffenen um einige hundert Euro bringen.

Ein Blick in die aktuellen Wahlprogramme zeigt, dass allein die SPD eine klare Aussage trifft in dem sie eine Deckelung der Eigenanteile auf 1000 € pro Monat vorschlägt. Die anderen Parteien schlagen von privater Pflegezusatzversicherung (CSU) bis hin zu einer Pflegebürgerversicherung (Grüne und die Linke) weniger konkrete Maßnahmen vor.

## Ein starker Sozialstaat ist die Voraussetzung für eine gerechte zukunftsfähige Gesellschaft

Die Migrationsdienste der AWO München-Stadt setzen sich seit über 60 Jahren für Geflüchtete und Migrant\*innen und die Wahrung der Rechte derer ein, die besonders schutzbedürftig sind. In der Migrationsberatung für Erwachsene (MBE) sind wir der größte Träger der AWO in Bayern. Unsere Angebote leisten einen essenziellen Beitrag für eine gelingende Integration in unsere Gesellschaft und zugleich für die Fach- und Arbeitskräftesicherung. Handlungsleitend für uns sind unsere Werte und die Frage, wie ein Leben in Würde ermöglicht und ein friedliches Miteinander und Teilhabe, für alle sichergestellt werden kann.

Deutschland ist ein Einwanderungsland, wir haben eine lange, erfolgreiche Geschichte von Migration und Integration. Und natürlich entstehen im Zusammenhang mit Flucht, Asyl und Migration auch immense Herausforderungen. Sie sind komplex und nicht mit einfachen pauschalen Lösungen zu bewerkstelligen.

Es ist keine Lösung, Schutzsuchende an den Grenzen zurückzuweisen und die Leistungen für diejenigen, die schon hier sind zu reduzieren. Damit würden wir die vielen Chancen der Einwanderung verschenken. Vielmehr muss alles getan werden, um eine gute Integration zu ermöglichen. Migrationsberatung und psychologische Unterstützung in verschiedenen Sprachen sowie Integrations- und Sprachkurse müssen erhalten und ausgebaut werden. Auf der anderen Seite müssen ausländische Straftäter konsequent ausgewiesen werden. Nur so kann verhindert werden, dass sich Vorurteile und Ängste gegenüber den gut integrierten Menschen, die einen großen und wertvollen Teil unserer Gesellschaft ausmachen, verselbstständigen.

Mit den Angeboten der Freien Träger werden deutschlandweit jährlich mehr als 333.000 Menschen erreicht. Ein Erfolg, der nur mit stabiler Förderung und ausreichender Finanzierung durch die nächste Bundesregierung fortgeführt werden kann.

Wir sehen die Politik in der Pflicht, folgende Punkte zu beachten:

- Die europäischen- und menschenrechtlichen Verpflichtungen zum individuellen Recht auf Asyl sind essenziell. Sie dürfen nicht in Frage gestellt werden.
- Wir brauchen stabile Förderstrukturen und eine ausreichende Finanzierung, um die Angebote der Migrationsberatung fortzusetzen
- Grenzverfahren, die menschenunwürdig sind, sind zu unterlassen Schutzbedürftige Gruppen, z. B. Kinder, Traumatisierte, Menschen mit Behinderungen, müssen besondere Rücksicht erfahren
- Abkommen mit menschenrechtsverletzenden Staaten widersprechen den menschenrechtlichen Verpflichtungen

Ein starker Sozialstaat ist die Grundlage für Integration, sozialen Zusammenhalt und die Sicherung von Fachkräften. Politische Maßnahmen müssen verhindern, dass Feindseligkeit und Misstrauen in der Gesellschaft geschürt werden.

Wir werden die an uns gestellten Herausforderungen weiterhin mit ganzer Kraft und dem großen Engagement unserer Mitarbeitenden meistern, benötigen jedoch auch entsprechende Rahmenbedingungen, welche unsere neue Bundesregierung zur Verfügung stellen muss.



# Kinder-Fasching

**SONNTAG,  
02. MÄRZ, 14 - 17 UHR**

**IM GASTEIG HP8, SAAL X**

**HANS-PREISSINGER-STRASSE 2,  
81379 MÜNCHEN**

**U3 Haltestelle Brudermühlstraße**

**EINTRITT: 15 €** pro Person

**KARTEN über  
MÜNCHEN TICKET** 

- MVV im Ticket inkl. -



**CARO ERMITTELT**  
 ... gegen Spam-Mailer und Love-Scammer,  
 Schockanrufe und Scheinverbrechen  
 Caroline Labusch,  
 erschienen 2024 im Penguin Verlag  
 ISBN 978-3-328-11044-6, 13,00 € (D)

## CARO ERMITTELT ... gegen Spam-Mailer und Love-Scammer, Schockanrufe und Scheinverbrechen

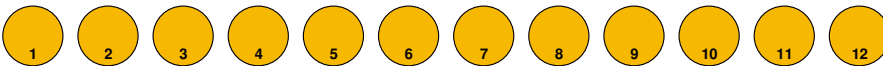
Was tun bei Internetbetrug, Schockanruf, modernem Heiratsschwindel und anderen Alltagsverbrechen? Furchtlose Selbstversuche mit Rat und Tat – nicht nur für Krimi-Fans.

Hobbydetektivin Caro stolpert vor der Haustür über die spannendsten (wahren) Kriminalfälle. Wittert sie Betrug, nimmt sie mit ihren ganz eigenen Methoden die Ermittlungen auf. Als Rächlerin der Reingelegten untersucht Caro kriminelle Phänomene des Alltags. Sie lernt, wie man Schufte und Schurkinnen identifiziert und findet Formeln zur Abwehr jeglichen Betrugs. Auf dass niemand mehr reinfalle!

Dieses Buch kannst Du gewinnen. Sende das Lösungswort an den AWO-Landesverband Bayern e.V., Petra Dreher, Edelsbergstraße 10, 80686 München oder per E-Mail an [redaktion@awo-bayern.de](mailto:redaktion@awo-bayern.de), Absender nicht vergessen! Einsendeschluss ist der 23.05.2025.

Mitarbeiter\*innen des AWO-Landesverbandes sind von der Teilnahme ausgeschlossen. Die Gewinner\*innen werden schriftlich benachrichtigt, der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

englischer Jagdhund	populäres Lied	Gebäude	asiatischer „Schneemensch“	fließendes Gewässer	englisch: lesen	ägyptischer Gott der Erde	Hartgummi (Kautschuk)	ugs.: einen	professionell betreuen	Fluss in Bayern	süd-norweg. Küstenstadt	Speicherbaustein (Abk.)
▶	▼		○ 11	Südamerikaner		▼	▼	▼	○ 3		▼	▼
▶			Geburtsvorgang beim Schaf	Meeresbodenerschütterung						Hebrideninsel		
eh. Autorennstrecke in Berlin		Hauptstadt von Portugal			○ 7			den Inhalt entfernen		ältester Sohn Noahs (A.T.)		
Fluss in Pommern			US-Filmkomödie (2012)			Frauenname	undichte Stellen am Schiff	○ 12		○ 1		afrikanische Runddörfer
verhaltener Zorn	○ 2			Nachfolger der KSZE	„gefällt mir“ anklicken	○ 5			Umhängetasche		Teil der Ritterrüstung	
▶		französisch: mir	Salz der Ölsäure	○ 8			Filmstar, ... Thurman	Zugewinn				
Mittelerde-Fiesling (Tolkien)	Verein für Hochbegabte				Abk.: siehe auch	Amtsprache in Pakistan					babylonische Gottheit	○ 10
Vorname des österr. Malers Schiele			○ 6	Ruin			○ 4					
arabische Langflöte			europ. Fußballbund (Abk.)			Sohn Jakobs (A.T.)			Schöffengericht im MA	○ 9		



## Impressum

AWO Magazin „WIR“;  
 Ausgabe „WIR“ Oberbayern

**Herausgeber:**  
 Arbeiterwohlfahrt  
 Landesverband Bayern e.V.  
 Edelsbergstraße 10, 80686 München  
 Telefon 089 546754-0  
[redaktion@awo-bayern.de](mailto:redaktion@awo-bayern.de)  
[www.awo-bayern.de](http://www.awo-bayern.de)

**Redaktion „WIR“ AWO Landesverband:**  
 Nicole Schley, Stefan Wolfshörndl  
 (V.i.S.d.P.), Christa Landsberger (Leitung),  
 Alexandra Kourmioti, Petra Dreher

**Konzept und Gestaltung:**  
 Stephanie Roderer,  
[www.studio-pingpong.de](http://www.studio-pingpong.de)  
**Redaktionsanschrift:** siehe oben

**Redaktion Ausgabe „WIR“ Oberbayern:**  
 Cornelia Emili (V.i.S.d.P.),  
 Linda Quadflieg-Kraft,  
 Alexa Dinauer

**Redaktionsanschrift sowie Layout und Grafik „WIR“ Oberbayern:**  
 AWO Bezirksverband Oberbayern e.V.  
 Edelsbergstr. 10, 80686 München  
 Tel 089 54714-166, Fax 089 54714-250  
[presse@awo-obb.de](mailto:presse@awo-obb.de)  
[www.awo-obb.de](http://www.awo-obb.de)

**Hinweis:** Die Beiträge stellen die Meinung des\*r Verfassers\*in dar, nicht unbedingt die des Herausgebers.

**Redaktion „WIR“ AWO München-Stadt**  
 Florian von Brunn (V.i.S.d.P.)  
 Karin Sporrer, Stella Sauter

**Redaktionsanschrift:**  
 Arbeiterwohlfahrt  
 Kreisverband München-Stadt e.V.  
 Gravelottestr. 8, 81667 München  
 Tel 089 45832 141, Fax 089 45832 200  
[karin.sporrer@awo-muenchen.de](mailto:karin.sporrer@awo-muenchen.de)  
[www.awo-muenchen.de](http://www.awo-muenchen.de)

**Druck und Layout „WIR“ Stadt München:**  
 bonitasprint gmbh  
 Max-von-Laue-Str. 31,  
 97080 Würzburg  
 Tel. 0931 90083-0,  
 Fax 0931 90083-50  
[www.bonitasprint.de](http://www.bonitasprint.de)

**Erscheinungsweise:** 4 x jährlich

**Bezugspreis:** Der Bezugspreis ist für Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Bildnachweis:**  
 Titel: fremlink.com

**Auflage:** 42.500 Stück  
**ISBN 2191-1495**

Dieses Magazin wurde auf 100% Recyclingpapier gedruckt, das mit dem EU-Ecolabel und dem Blauen-Engel-Siegel ausgezeichnet ist. Die gesamte Produktion des Magazins entspricht den Kriterien des Blauen Engels nach DE UZ 195.

Namens- und Adressänderungen bitte melden beim AWO Bezirksverband Oberbayern e.V., Tel. 089 54714-116

**FRISCH GEDRUCKT UND BEREIT FÜR DICH!**

# **DIE NEUEN AWO-FLYER.**

Die neuen AWO-Flyer sind da und warten darauf, von Dir verteilt zu werden!

Informiere über unseren Einsatz für mehr WIR in unserer Gesellschaft und gewinne neue Mitglieder für unsere AWO-Familie!



Die kompletten Flyer findest Du auf unserer Website:  
[awo-bayern.de/neue-awo-flyer/](http://awo-bayern.de/neue-awo-flyer/)

Bestell die fertigen Flyer bei:  
Alexander Schäflein  
Haßfurter MEDIENPARTNER  
[a.schaefflein@has-mp.de](mailto:a.schaefflein@has-mp.de)  
Telefon 09521/699-12

Oder fordere die Druckdaten an bei:  
[petra.dreher@awo-bayern.de](mailto:petra.dreher@awo-bayern.de)

[www.awo-bayern.de](http://www.awo-bayern.de)

**Arbeiterwohlfahrt · Bezirksverband Oberbayern e.V.**  
Mitgliederorganisation  
Edelsbergstraße 10 · 80686 München  
ISSN 2191-1495



**Zusammenhalt ist unsere Stärke**

**Deine Spende für mehr Herz und Miteinander.**

**Unterstütze uns mit Deiner Spende.**

**Frühjahrssammlung: 7. April – 13. April 2025**

**Mehr Infos: [www.awo-bayern.de](http://www.awo-bayern.de)**